

OFFENER BRIEF an den HERRN STATTSMINISTER;

Herr Staatsminister, durch Ihren Brief vom 13. juli 1998, lehnen Sie es ab vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorstellig zu werden, um die Frage klären zu lassen durch den Gerichtshof, ob die Zwangsrekrutierung der Luxemburger in die deutsche Wehrmacht in den Jahren 1942 bis 1945 den Tatbestand eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, eines Kriegsverbrechens oder einer Verletzung des Völkerrechts erfüllte.

Herr Staatsminister, Sie liegen auf selbiger Linie wie Ihr Herr Aussenminister und der Staatssekretärin.

51. Sitzung vom 18. Mai 1961 Vorsitzender: Herr Joseph Bech, Präsident.

Die Forderung unserer Unterhändler, die Zwangsrekrutierten den Opfern des Nazismus gleichzustellen stiess auf das Unmögliche „Non possumus“ der deutschen Unterhändler.

Als Demokrat muss ich diese Entscheidung akzeptieren, aber als Betroffener kann ich nur die legalen Mitteln ausnützen. Ich werde zu einer Unterschriftensammlung aufrufen unter dem Motto: „Eine Unterschrift für La Haye“.

Es kann ja nicht anstehen, dass 11000 ehemalige Zwangsrekrutierte als: Schakale des Dritten Reiches bezeichnet werden.

Dies ist auch die Folge der verfehlten Politik aller vergangenen Regierungen.

Die noch jetzige Regierung, die Kandidaten für die Wahlen am 13. ^{Junii} Mai 99, sind jetzt gefragt und tragen die Verantwortung vor dem luxemburgischen Volk und den Zwangsrekrutierten.

Fernand LESSEL Mersch
Zwangsrekrutierter.

Post in Informations
Fernand